



Niederschrift

48. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Mittwoch, 23.01.2008
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 1.077

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Frau Lehmann, Sieglinde	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	Teilnahme für Herrn Bretz
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Brödnö, Sven	Die Andere	
Herr Becker, Stefan	BürgerBündnis/FDP	
Frau Gülzow, Christine	Bündnis 90/Die Grünen	Teilnahme ab 18.00 Uhr
Herr Kahle, Michael	DIE LINKE	
Herr Dr. Kwapis, Jörg	Die Andere	
Herr Rieger, Peter	DIE LINKE	Teilnahme bis 19.00 Uhr
Herr Stief, Norbert	SPD	
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	
Herr Bogel-Meyhöfer	Staatl. Schulamt	
Frau Ewers, Josefine	FB Schule und Sport	
Herr Gessner, Torsten	BL Sport	
Frau Dr. Voigtländer, Roswitha	FB Öff. Weiterbildung	Teilnahme bis 19.00 Uhr
Herr Weiberlenn, Dietmar	BL Schule	
Frau Fischer, Gabriele	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	Unentschuldigt
Herr Bretz, Steeven	CDU	Entschuldigt
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	Entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	Entschuldigt
Herr Bohn, René	CDU	Unentschuldigt
Frau Hofmann-Lauer, Heike	CDU	Unentschuldigt
Herr Klamke, Volker	SPD	Unentschuldigt
Frau Rom, Karin	FB Reg. Weiterbildung	Entschuldigt
Herr Prof. Dr. Thiel, Wolfgang	Musikschule	Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 47. Sitzung am 21.11.2007, Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Überweisungen aus der SVV
 - 2.1 Rangfolgepräzisierung bei der Schulsanierung
Vorlage: 07/SVV/0887
Fraktion DIE LINKE
 - 2.2 Kulturschultüte
Vorlage: 07/SVV/1058
Fraktion SPD
 - 2.3 Luftschiffhafen
Vorlage: 07/SVV/1060
Fraktion SPD
mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
 - 2.4 Nutzungs- und Gebührensatzung für das Wohnheim der Oberstufenzentren
Vorlage: 07/SVV/1038
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
 - 2.5 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK): Prioritäre Projekte
Vorlage: 07/SVV/1074
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 2.6 Bericht zur Prüfung der Möglichkeiten von ÖPP-Modellen zur Sanierung von Schulen und KITA'S
Vorlage: 07/SVV/1100
KIS
 - 2.7 Neue Lernkultur in Kommunen
Vorlage: 07/SVV/0923
Fraktion CDU
 - 2.8 Kinder- und Jugendarbeit im Schulgebäude Burgstraße
Vorlage: 07/SVV/0803
Fraktion SPD
 - 2.9 Humboldtgymnasium
Vorlage: 07/SVV/1065
Fraktion SPD
 - 2.10 Sanierung Mensa Sportschule Friedrich-Ludwig-Jahn
Vorlage: 07/SVV/1095
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
 - 2.11 Schulmilch
Vorlage: 07/SVV/1045
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
 - 2.12 Schulessen für bedürftige, sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler, Haushaltsbegleitender Beschluss
Vorlage: 07/SVV/1087
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 3 Mitteilung der Verwaltung
 - 3.1 2. Zwischenbericht zu DS 06/SVV/0661
Landesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik
(siehe 42. Sitzung am 20.06.2007 TOP 3.2)

4 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 47. Sitzung am 21.11.2007, Bestätigung der Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 12 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt. Zur Niederschrift der 47. Sitzung gibt es keine Änderungswünsche. Aus der Beschlusskontrolle ergeben sich keine Probleme.

Dr. Steinicke schlägt eine Veränderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte unter TOP 2 vor. Hintergrund ist die zeitgleiche Sitzung des Finanzausschusses, der vier Vorlagen behandelt, die auch im Bildungsausschuss auf der Tagesordnung stehen.

Herr Kümmel stellt den **Geschäftsordnungsantrag, die DS 07/SVV/1060 „Luftschiffhafen“ zu vertagen**. Die Fraktionen SPD und DIE LINKE werden einen gemeinsamen Antrag erarbeiten und im Hauptausschuss dazu beraten.

Es gibt keine Rede dafür oder dagegen.

Dr. Steinicke lässt den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. 9 Stimmen dafür. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder stimmt der gegenüber der Einladung veränderten Tagesordnung zu.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der 47. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 **Überweisungen aus der SVV**

zu 2.1 **Rangfolgepräzisierung bei der Schulsanierung** **Vorlage: 07/SVV/0887**

Frau Klotz verweist auf die Diskussion in der Sitzung am 21.11.2007. Im Zusammenhang mit TOP 2.9 „Humboldtgynasium“ müsse es eine Form geben, dass Prioritätenlisten in regelmäßigem Abstand auf den Prüfstand gestellt werden, damit man auf entsprechende Ereignisse reagieren könne.

Herr Wapenhans, Bereichsleiter KIS, informiert, dass der Antrag im Werksausschuss am 30.11.2007 behandelt wurde. Die Prioritätenliste wird mit den Fachbereichen Jugendamt und Schule und Sport im Rahmen des zur Verfügung stehenden Finanzvolumens abgestimmt. Der Werksausschuss hat eine Präzisierung vorgeschlagen. Der KIS wird in die SVV März 2008 einen neuen Wirtschaftsplan einbringen, in welchem die Präzisierungen Berücksichtigung finden.

Herr Kümmel schlägt vor, den veränderten Antragstext des Werksausschusses

zu übernehmen. Anliegen des Antrages sei es, auch innerhalb des Jahres Veränderungen kenntlich zu machen. Der Wirtschaftsplan KIS werde einmal jährlich präzisiert.

Frau Klotz meint, Prioritäten können sich ändern. Wenn sich im Laufe des Jahres andere Notwendigkeiten ergeben, müsse man die Rangfolge präzisieren.

Frau Dr. Lotz ist gegen die neue Formulierung. Sie hält den Antrag in der ursprünglich vorliegenden Fassung für abstimmbare.

Frau Fischer erklärt, dass die Prioritätenliste unter Abwägung von Grundsätzen festgelegt wird. Sie habe der Diskussion entnommen, dass man Flexibilität wolle, wenn unvorhergesehene Dinge auftreten. In diesem Zusammenhang verweist sie darauf, dass die Verwaltung bei Gefahrenabwehr die Pflicht habe, zu reagieren.

Dr. Steinicke fasst zusammen, dass der Antragsteller den Antragstext vom Werksausschuss KIS übernimmt. Diesen stellt er zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Erstellung des Wirtschaftsplanes KIS die Rangfolge der vom KIS geplanten Schulsanierungsmaßnahmen in der Weise zu präzisieren, dass Teilmaßnahmen an einzelnen Schulen, deren Durchführung unter den Gesichtspunkten des Gesundheitsschutzes und der Verkehrssicherheit von höchster Dringlichkeit sind, dem jeweiligen Gesamtmaßnahmevorhaben zeitlich voran gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1

zu 2.2

Kulturschultüte

Vorlage: 07/SVV/1058

Herr Kümmel bringt den Antrag ein.

Frau Fischer verweist auf die intensive Diskussion im Kulturausschuss, in deren Ergebnis ein geänderter Antrag vorliegt, welchen sie verliest.

Herr Kümmel teilt mit, dass der Antragsteller den Beschluss des Kulturausschusses übernimmt.

Dr. Steinicke lässt den geänderten Antrag abstimmen.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit im Rahmen einer Initiative die vorhandenen Angebote in der Stadt zu bündeln sind, um sie zum Schuljahresstart 2008/2009 an die Erstklässler zu verteilen. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im März 2008 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 2.3 Luftschiffhafen**Vorlage: 07/SVV/1060**

Fraktion SPD mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Entsprechend **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Kümmel unter TOP 1 wird die DS 07/SVV/1060 mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vertagt.

zu 2.4 Nutzungs- und Gebührensatzung für das Wohnheim der Oberstufenzentren**Vorlage: 07/SVV/1038**

Frau Fischer verweist auf die vollzogene Einbringung in der SVV.

Frau Schulze fragt, auf welcher Grundlage der enorme Preisanstieg erfolgte und warum das Angebot der Wohnheimnutzung nur noch mit Frühstück erfolgt.

Frau Ewers informiert, dass im neuen Gebäude andere räumliche Bedingungen gegeben sind. Aus hygienischen Gründen dürfen keine Lebensmittel in die Zimmer mitgenommen werden. Deshalb gebe es das Frühstücksangebot. Die Gebühren sind auf der Grundlage von § 6 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg unter Berücksichtigung der ansatzfähigen Kosten, die für das neue Objekt zu erwarten sind, kalkuliert.

Frau Schödensack, Fachbereich Schule und Sport, ergänzt, dass im alten Wohnheim rund 200 Plätze zur Verfügung standen, die das ganze Jahr zur Nutzung angeboten wurden, aber nur etwa zur Hälfte ausgelastet waren. Dementsprechend konnten auch Gäste aufgenommen werden. Im neuen Wohnheim stehen 110 Plätze für die Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildenden der Potsdamer Oberstufenzentren zur Verfügung, auf welche die Kosten umgelegt wurden.

Frau Schulze bringt folgenden **Änderungsantrag zu DS 07/SVV/1038 der Fraktion DIE LINKE** ein:

1. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Streichung der Worte „mit Teilverpflegung“.

Neu: „(1) Die Landeshauptstadt Potsdam stellt Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden, die ein Oberstufenzentrum der Landeshauptstadt Potsdam besuchen und deren Wohnsitz sich nicht in Potsdam befindet, gemäß § 99 Abs. 2 Satz 3 BbgSchulG eine Unterkunft im Wohnheim der Oberstufenzentren der Landeshauptstadt Potsdam, Bisamkiez 107-111 in Potsdam bereit.“

3. § 5 wird wie folgt geändert:

Streichung des Satzes: „Die Gebühr beinhaltet die Versorgung mit einer Frühstücksmahlzeit.“

- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung

Neu: “Der Gebührenmaßstab ist die jeweilige Nutzungsdauer durch die in Anspruch genommene Belegungsart (1-Bett-, 2-Bett- und 4-Bettzimmer). Die Verpflegung Frühstück und Abendbrot kann auf Wunsch in Anspruch genommen werden. In diesem Fall ist eine zusätzliche Gebühr zu entrichten.“

- b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Neu:

(2) Für den in § 1 Abs. 1 bis 3 bezeichneten Personenkreis gelten folgende Gebühren:

Unterkunft im	Gebühr/Person pro Tag	Gebühr/Person pro Monat	Gebühr Frühstück/Abendessen Person/Portion
1-Bett-Zimmer	8,00 €	160,00 €	je 2,50 €
2-Bett-Zimmer	5,00 €	100,00 €	
4-Bett-Zimmer	4,00 €	80,00 €	

c) erhält folgende Fassung:

Neu:

(3) für den in § 1 Abs. 4 bezeichneten Personenkreis gelten folgende Gebühren:

Unterkunft im	Gebühr/Person/Tag	Gebühr Frühstück/Abendessen Person/Portion
1-Bett-Zimmer	13,50 €	je 2,50 €
2-Bett-Zimmer	12,00 €	
4-Bett-Zimmer	9,00 €	

Es schließt sich die Diskussion an.

Frau Drohla erklärt, dass Schüler aus Bundesfachklassen den Gästepreis zahlen und keine Zuschüsse bekämen. Es müsse abgesichert sein, dass Schüler ihre Ausbildung durchführen können. Die Gebühren seien zu hoch.

Herr Kümmel stellt nicht in Frage, dass die Kosten richtig errechnet wurden merkt aber an, dass das 1-Bett-Zimmer so teuer ist wie eine 1-Raum-Wohnung. Es dürfe nicht passieren, dass Auszubildende die Ausbildung nicht wahrnehmen können, weil die Wohnheimkosten zu hoch seien. Er schlägt vor, die Vorlage in den Fraktionen zu diskutieren.

Frau Fischer nimmt das Angebot auf, in die Fraktionen zu kommen. Dort könne man vertiefend auf Fragen eingehen. Sie teilt weiter mit, dass in der Gebühr Reinigung, Bettwäsche, pädagogisches Personal etc. enthalten sei, sie also nicht mit einer Wohnraummiete verglichen werden könne.

Frau Paulsen schließt sich dem Vorschlag, in den Fraktionen zu diskutieren, an. Man sollte eine einvernehmliche Lösung ausloten.

Frau Ewers verweist darauf, dass der Umzug des Wohnheimes in den Bisamkiez eine von der SVV beschlossene HSK-Maßnahme ist. In den Gebühren sind auch Personalkosten enthalten. Die unterschiedliche Gebührenerhebung für die Auszubildenden aus dem Land Brandenburg und aus anderen Bundesländern betreffend gebe es höchstrichterliche Rechtssprechung.

Frau Schödensack informiert, dass z. B. das Land Sachsen Unterkunft und Verpflegung mit bis zu 75 % fördert. Auszubildende können auch Bafög beantragen.

Herr Weiberlenn ergänzt, dass es in Potsdam nur Bundesfachklassen für Fotografen gibt. Das Einzugsgebiet für diese Ausbildung ist neben Brandenburg, Berlin und Sachsen. Schüler aus Berlin können die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Ihm wäre bekannt, wenn die Ausbildungsplätze gefährdet wären.

Frau Schulze bittet um Vertagung, zumal die Jahresrechnung 2006 verwendet wurde und die Planzahlen für 2008 zu aktualisieren sind.

Frau Dr. Lotz erinnert daran, dass man bei der letzten Sitzung die gleiche Diskussion geführt habe und bittet um Augenmaß bei den Forderungen.

Frau Drohla verweist darauf, dass zusätzlich eine halbe Etage des Förderwohnheimes für das Wohnheim OSZ zur Verfügung gestellt wurde. Sie fragt, was passiert, wenn die Förderschule die Räume benötigt oder wenn das OSZ II wieder 11. Klassen bekommt.

Herr Weiberlenn erläutert, dass das OSZ II ungenügend angewählt war und deshalb keine 11. Klassen gebildet werden konnten. Für diese Schüler des OSZ II ist die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und eigenem PKW gegeben. Die Anwahl des Wohnheimes durch diese Schüler des OSZ II war bisher gering. In der Förderschule 42 gab es gestern ein Gespräch in dessen Ergebnis davon auszugehen sei, dass auf eine halbe Etage des Wohnheimes der Förderschulen zu Gunsten des OSZ - Wohnheimes verzichtet werden kann.

Frau Klotz stellt den **Geschäftsordnungsantrag, die DS 07/SVV/1038 und den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in den Fraktionen zu diskutieren.** Die Verwaltung sollte den Änderungsantrag durchrechnen.

Dr. Steinicke lässt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
 Zustimmung: 7
 Ablehnung: 0
 Stimmenthaltung: 3

Die Ausschussmitglieder wollen sich in der Pause der SVV am 06.02.2008 zur DS 07/SVV/1038 verständigen, um sie in der SVV abzustimmen.

zu 2.5 **Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK): Prioritäre Projekte** **Vorlage: 07/SVV/1074**

Herr Wolfram, Bereich Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung, informiert über den Stand des INSEK. Bisher sei noch nicht entschieden, ob Potsdam zu den Städten gehört, die EFRE-Fördermittel bekommen. Er erläutert die Prioritätenliste, auf der die Sporthalle am Luftschiffhafen an zweiter Stelle steht.

Die Ausschussmitglieder stellen Nachfragen zur Vorlage, die Herr Wolfram beantwortet.

Beschlusstext:

Als Konkretisierung der Schlüsselmaßnahmen aus dem INSEK werden gemäß Anlage folgende Projektprioritäten für die EFRE-Förderung des Landes Brandenburg mit dem Schwerpunkt Nachhaltige Stadtentwicklung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung für 2007 bis 2013 gesetzt.

Abstimmungsergebnis:**Zustimmung: 7****Ablehnung: 0****Stimmenthaltung: 3****zu 2.6 Bericht zur Prüfung der Möglichkeiten von ÖPP-Modellen zur Sanierung von Schulen und KITA'S****Vorlage: 07/SVV/1100**

Herr Wapenhans erläutert die Mitteilungsvorlage. Unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen wurde untersucht, welche Objekte für ÖPP geeignet sind. Der Campus Kurfürstenstraße wurde in die Untersuchungen aufgenommen und es wurde festgestellt, dass das Projekt grundsätzlich als ÖPP-Projekt geeignet sei. Voraussetzung ist eine langfristige Schulentwicklungsplanung. Man müsse sicher sein, dass die Objekte auch noch in 20 Jahren benötigt werden. Zur Zeit bereitet der KIS die Ausschreibung zu den Wirtschaftlichkeitsanalysen und Machbarkeitsstudien vor. Die Ausschreibung soll noch in diesem Monat europaweit erfolgen. Über das weitere Verfahren wird der KIS informieren.

Herr Becker bestätigt, dass ÖPP in der Landeshauptstadt Potsdam machbar ist. Das Gesamtvolumen sei auf 30 Mio € beschränkt. Er fragt, ob auch andere Fördermöglichkeiten geprüft wurden.

Herr Wapenhans erklärt, dass sich für Task Force Fördermaßnahmen landesweit 50 Schulen bewerben können. Potsdam wird je Schule 20.000 € erhalten. Über die KfW- Förderbank gibt es nur zinsgünstige Darlehen, die zurück gezahlt werden müssen.

Frau Fischer erklärt, dass der Schulentwicklungsplan bis 2009 vorliegt. In Vorbereitung der ÖPP-Vorlage wurde in Abstimmung mit den Fachbereichen Jugendamt sowie Schule und Sport geprüft, welche Schulstandorte langfristig Bestand haben.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage DS 07/SVV/1100 zur Kenntnis.

zu 2.7 Neue Lernkultur in Kommunen**Vorlage: 07/SVV/0923**

Dr. Steinicke fragt, ob eine qualifizierter Antrag der Fraktion CDU vorliegt. Es liegt folgender **Änderungsantrag** der **Fraktion DIE LINKE** vor, der in der Sitzung am 23.11.2007 nicht behandelt wurde:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie sich die Landeshauptstadt Potsdam mit einer neuen Lernkultur im Sinne des Projektes „Neue Lernkultur in Kommunen“ befassen kann.

Frau Paulsen geht auf das Anliegen des CDU-Antrages ein und ist bereit, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu übernehmen.

Frau Fischer verweist auf die Diskussion in der letzten Ausschusssitzung. Es sei ein interessantes Projekt. Im Land Thüringen liegen jedoch andere Voraussetzungen vor. Im Land Brandenburg sei derzeit kein vergleichbares Projekt geplant. Aus eigener Kraft könne das Projekt nicht umgesetzt werden.

Frau Paulsen meint, der Antrag solle eine Anregung sein, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Frau Fischer will das Thema im Bildungsausschuss des Städte- und Gemeindebundes aufgreifen.

Frau Klotz informiert, dass das Land Brandenburg ein vergleichbares Projekt, unter dem Namen „Soziales Lernen“, anbietet. Dazu hat das Staatliche Schulamt umfassende Informationen an die Schulen gegeben.

Dr. Steinicke lässt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt Möglichkeiten zu prüfen, wie sich die Landeshauptstadt Potsdam mit einer neuen Lernkultur im Sinne des Projektes „Neue Lernkultur in Kommunen“ befassen kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 2

**zu 2.8 Kinder- und Jugendarbeit im Schulgebäude Burgstraße
Vorlage: 07/SVV/0803**

Dr. Steinicke verliest den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 18.12.2007 und bittet darum, diesen als Grundlage für die Diskussion zu nehmen.

Herr Kümmel findet aus Sicht des Bildungsausschusses den ersten Satz ausreichend. Im Jugendhilfeausschuss ging es darum, in der Innenstadt Jugendarbeit aufzufangen und die Überkapazität des Gebäudes in der Burgstraße zu nutzen.

Frau Schulze meint, man solle im Zusammenhang mit Sanierungsüberlegungen in der Landeshauptstadt Potsdam Gedanken dafür verwenden, wie man die Gebäude nutzen könne.

Herr Kümmel findet es nicht sinnvoll aus dem Ausschuss für Bildung und Sport heraus zu vertreten, jedes Gebäude für die Nutzung „Jugendarbeit“ zu prüfen.

Frau Drohla spricht an, dass der Hort immer wieder Gebäude brauche.

Frau Fischer unterstützt die Auffassung von Herrn Kümmel. Im zweiten Teil des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses ginge es um Angebote für Kinder und Jugendliche in der Freizeit, nicht um Kita- und Hortplanung.

Frau Dr. Lotz spricht sich dafür aus, nur den ersten Satz des Beschlusstextes vom Jugendhilfeausschuss zu übernehmen.

Herr Kümmel schlägt vor, im zweiten Satz „Angebote für Kinder- und Jugendliche“ zu streichen und dafür Hortangebote einzufügen.

Dr. Steinicke verweist darauf, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Er schlägt vor, zuerst den Beschlusstext des Jugendhilfeausschusses und danach den Text mit der Änderung von Herrn Kümmel abzustimmen.

**Abstimmung Beschlusstext des Jugendhilfeausschusses vom 18.12.2007:
6 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen.**

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie im Zuge der Sanierungs- und Umbauarbeiten des Schulgebäudes in der Burgstraße auch Angebote für Kinder und Jugendliche am Standort angesiedelt werden können.

Darüber hinaus soll auch geprüft werden, wie generell im Zuge von Sanierungs- und Umbauarbeiten in diesen Schulgebäuden Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden können.

Dem ist eine Bedarfsanalyse der jeweiligen Sozialräume zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 0

zu 2.9 Humboldtgynasium**Vorlage: 07/SVV/1065**

Herr Kümmel erläutert den Antrag. Der KIS habe das Problem zunächst gelöst. Anliegen des Antrages sei die Darstellung der Kosten, um sie in zukünftigen Haushaltsplänen zu berücksichtigen. Weiterhin soll geprüft werden, ob sich die Stadt an der Projektförderung CO2 Ausstoß beteiligen kann.

Herr Wapenhans erklärt, dass es ein Prüfauftrag sei. Aus Sicht des KIS wären im Sinne des Antrages bis zu der für 2010 vorgesehenen Teilsanierung ein Finanzierungskonzept für eine umfassende Gesamtsanierung des Dachgeschosses zu erarbeiten.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kosten für die Sanierung und Dämmung des Daches des Humboldtgynasiums zu ermitteln und dabei einen späteren Ausbau des Daches für die schulische Nutzung zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung soll geprüft werden, ob dies im Rahmen des geplanten ÖPP-Projektes und/oder durch Fördergelder zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes in öffentlichen Gebäuden erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 2.10 Sanierung Mensa Sportschule Friedrich-Ludwig-Jahn**Vorlage: 07/SVV/1095**

Frau Fischer ergänzt, dass die finanziellen Auswirkungen nicht Bestandteil in den Vorgesprächen zum Haushalt 2008 waren. Einigkeit wurde zu einer mittelfristigen Finanzierung erzielt und dazu, Mittel in diesem Jahr einzustellen, wenn die Maßnahme beschlossen wird.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage DS 07/SVV/1095 zur Kenntnis.

zu 2.11 Schulmilch**Vorlage: 07/SVV/1045**

Es gibt keine Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage DS 07/SVV/1045 zur Kenntnis.

zu 2.12 Schulessen für bedürftige, sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler, Haushaltsbegleitender Beschluss

Vorlage: 07/SVV/1087

Frau Fischer informiert, dass zur Zeit noch geprüft wird. Die Verwaltung ist aufgefordert, im Februar 2008 zu den Verfahrensschritten im Hauptausschuss zu berichten.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage DS 07/SVV/1087 zur Kenntnis.

zu 3 Mitteilung der Verwaltung

zu 3.1 2. Zwischenbericht zu DS 06/SVV/0661

Landesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik (siehe 42. Sitzung am 20.06.2007 TOP 3.2)

Herr Gessner informiert über die durchgeführten Maßnahmen:

Von Mai bis Juli 2007 fand eine maßliche Bestandsaufnahme aller Gebäudeteile und die Erstellung von Bestandsplänen statt. Zeitgleich wurde eine Untersuchung zur Standsicherheit und eine Schadenserfassung durchgeführt. Im Juli 2007 erfolgten Reparaturarbeiten an der Dachabdichtung des Sozialtraktes und am rechten Hallenteil. Von Juli bis September 2007 erfolgte die Aufarbeitung und Aufdopplung der Fenster in den Umkleieräumen, die Aufarbeitung bzw. Erneuerung der Türen zu den Umkleieräumen und zum rechten Hallenteil. Im August 2007 wurden Fußbodenbeläge in Umkleieräumen und Lehrerzimmer erneuert. Von Juli bis Oktober 2007 wurden Malerarbeiten in den Umkleieräumen und Anstricharbeiten an Türen durchgeführt. Von September bis November 2007 erfolgte die Ausschreibung und Durchführung von Sicherungsmaßnahmen an Decken über den Kriechkellern. Es wurden Elektroarbeiten durchgeführt, um Unfallgefahren zu beseitigen und es wurden Kleiderhaken für die Umkleieräume bestellt, welche voraussichtlich im Januar 2008 montiert werden.

Im ersten Quartal diesen Jahres werden noch Teilleistungen am Dach und Untersuchungen an den Zwischendecken zum Dachraum durchgeführt. Nach Vorliegen der Ergebnisse können daraus geeignete Maßnahmen abgeleitet werden und in die Gesamtsanierungsplanung einfließen.

Mit Umsetzung der noch ausstehenden Restleistungen aus dem Jahr 2007 wird das Budget des Vorjahres in Höhe von 100.000 € aufgebraucht sein. Für den Fortgang der Sanierungstätigkeiten waren 200.000 € für das Jahr 2008 angedacht, die aber im Ergebnis der Sonderbeigeordnetenkonferenz aufgrund von notwendigen Prioritätensetzungen nicht im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung untergebracht werden konnten.

Herr Kümmel fragt, ob man darüber nachdenken könnte, die weitere Berichterstattung fallen zu lassen.

Herr Gessner erklärt, dass 100.000 € beauftragt sind. Die Sanierung gehe weiter. Für die Gesamtsanierung sind 1 Mio. € erforderlich. Bisher ging es um Sicherungsmaßnahmen. Man habe sich auf schrittweise Sanierung verständigt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information zur Kenntnis.

zu 4

Sonstiges

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf.

Dr. A. Steinicke
Ausschussvorsitzender

G. Wildgrube
Ausschussbetreuerin